



JAHRE

SPD

BAD SEGEBERG

Wir werden im Kampf um die Lebensinteressen immer an der Seite derer stehen, die im großen Lebenskampf die Elendsten und Schwächsten sind.

Dr. Kurt Schumacher

„Wir bekämpfen jene Gestaltungen des europäischen Staatensystems, welche, unnatürlich die Völker trennend und verbindend, aus dem feudalen Mittelalter in das neunzehnte Jahrhundert sich herübergeschleppt haben — wir wollen fördern die Solidarität der Völkerinteressen und der Volkssache durch die ganze Welt.

Wir wollen nicht ein ohnmächtiges und zerrissenes Vaterland, machtlos nach außen und voll Willkür im Innern — das ganze gewaltige Deutschland wollen wir, den einen, freien Volksstaat.

Wir verwerfen die bisherige Beherrschung der Gesellschaft durch das Kapital — wir hoffen zu erkämpfen, daß die Arbeit den Staat regiere.

Diese drei großen auf gemeinsamer Grundlage beruhenden Gesichtspunkte weisen uns in jeder möglichen Frage mit zwingender Notwendigkeit auf die Bahnen, die wir zu wandeln haben. Unsere Prinzipien sind einfach und klar — ihre Konsequenzen zu ziehen werden wir uns niemals scheuen.“

Grundthesen wie diese, die in wenigen Sätzen den Inhalt des Strebens und Kämpfens einer Partei der arbeitenden Menschen ausdrücken, könnten noch heute aufgestellt werden, wenn sie nicht schon im Sinne der sozialdemokratischen Politik — bei der sicherlich das soziale Moment der tragende Faktor seit vielen Jahrhunderten war und blieb — am 15. Dezember 1864 als radikales Programm Jean Baptist von Schweitzers an der Spitze seiner Ausführungen im „Sozialdemokrat“ gestanden hätten. Bei einer Rückschau auf die deutlicher sich abzeichnende Entwicklung gilt als Maßstab für die wachsende Kraft der Arbeiterbewegung das Bismarcksche Sozialistengesetz, viel umkämpft und voller schwerer Auswirkungen auf manchen Vorkämpfer, manchen Sozialisten, den die Parteigeschichte kennt.

In diesem Rahmen nun soll weniger die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung an sich und ihre für jeden Historiker sehr bemerkenswerte Einflußnahme auf das öffentliche Leben in zwei Jahrhunderten gewürdigt werden — hier kommt es uns darauf an, die Geschichte der letzten 60 Jahre in ihrem örtlichen Geschehen, in der kampff- und sorgenvollen Arbeit des Ortsvereins der SPD Segeberg, zu überblicken. Und diese Geschichte schreibt sich seit dem Jahre 1890 fort, genau seit dem 15. November 1892. Und somit ist dies gerade im November 1952 eine Jubiläumsschrift, die manches Ehrenblatt enthält für solche Parteifreunde, die ihr Leben und Wirken ihrer Überzeugung und Aufgabe, ihrer inneren Einstellung und ihrer unerschütterlichen Selbstbehauptung gemäß ausrichteten.

1890 kam die politische Wendung für die SPD, für und um die so heiß gekämpft worden war: das Kabinett Bismarck trat zurück und das Sozialistengesetz fiel. 1878 erlassen, bedeutete es Ausweisungsrecht, Druckverbot und Auflösung von Vereinen, Schwierigkeiten und Krisen für die SPD ganz allgemein, für Gruppen und Männer im einzelnen. Jetzt war es auch an der Zeit, das 1869 herausgegebene Programm der SPD erneut zu proklamieren, und dies geschah 1891 auf dem Erfurter Parteitag. Die Bahn war frei für die neue Arbeit, die jedenfalls ohne die Lösung derart einschneidender Bindungen kaum das Echo unter Hunderttausenden und Millionen gefunden hätte, die in den Großstädten und Industrievierteln, aber auch in landwirtschaftlich bestimmten Gebieten und Kleinstädten sich um ihre Führerschaft scharten.

Wenn also vor sechzig Jahren, im November 1892, Handwerker und Arbeiter sich zusammentaten, um auch in Segeberg einen Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu gründen, so gehörte unter den damaligen Verhältnissen schon eine gehörige Portion Mut dazu. Die „Sozis“ waren damals nichtgesellschaftsfähige Außenseiter, denn sie waren ja diejenigen, die sich unterfingen, durch Kritik sogar an den seit Jahrhunderten festgefühten Pfeilern der Monarchie zu rütteln und oft auch die staatsbürgerliche Ehrfurcht vor den gekrönten Häuptern der Welt vergessen zu lassen. Und sie waren keine Militaristen, sie waren in ihren Ansichten, die ihre Abgeordneten ver-

fochten, ganz anderer Meinung als die Militärkabinette und sie wären wohl auch berufen gewesen, manches anders zu gestalten, wenn es sich nicht neben dem durch die Idee verkörperten Machtanspruch um die Herrschaft des Kapitals gehandelt hätte, das sowohl der monarchistischen Idee als auch dem nationalsozialistischen Gedankengut untertänig wurde.

Man findet in den Erinnerungen aus jener Zeit auch ein anerkennendes Wort für den von 1878 bis 1902 in Segeberg amtierenden Bürgermeister Plambeck, den man als sehr arbeiterfreundlich bezeichnet hat. Er hat dem jungen Ortsverein, dessen Mitglieder den Kampf gegen ein wahrhaft allmächtiges Regierungssystem zu führen entschlossen waren, die des festen Zusammenhalts und einer ausgeprägten Solidarität und fester Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe bedurften, zumindest keine Schwierigkeiten bereitet.

Abonentenzahl stieg von 22 auf 136

Unter den Unentwegten jener Tage des Beginns und des zähens Strebens stand an vorderster Stelle Johannes Harm — der heute, achtzigjährig, in Hamburg-Wandsbek lebt — als der Vermittler der SPD-Presse. Er übernahm 1894 den Vertrieb der Kieler Volkszeitung und der Nordwacht und steigerte die Abonentenzahl von 22 auf 136 — man hat also in diesen Ziffern einen guten Anhaltspunkt für die Mitgliederbewegung in dem jungen Segeberger Ortsverein, der auch eine Sparkasse einrichtete, um bedürftigen Mitgliedern die Kohleneinkellerung oder ihren Kindern die Teilnahme am Vogelschießen zu ermöglichen.

In das Jahr 1880 fiel — das mag in diesem Zusammenhang von einigem Interesse sein — der Kleine Belagerungszustand über Hamburg-Altona und Umgegend, wie er auch über Berlin und andere Gebiete des Reiches vor- oder nachher verhängt wurde. Die Initiative zu dieser Maßnahme ging von Preußen aus und es wurde als Begründung auf den bedenklichen Ausfall der Reichstagswahl im zweiten Hamburger Wahlkreise hingewiesen. Es wurden, wie im einzelnen bekannt geworden ist, über 350 Personen ausgewiesen, auf die man die Bestimmungen des Sozialistengesetzes anwenden konnte. Schwere wirtschaftliche Schäden für die Einrichtungen der SPD — so z. B. die 1876 gegründete Genossenschaftsdruckerei in Hamburg — waren die Folge.

In den Erinnerungen August Bebels tritt die ganze Schärfe der sich von Jahr zu Jahr fühlbarer auswirkenden Situation hervor: „Nichts wie Haß, nichts wie Erbitterung, eine Erbitterung, die schließlich allgemein zu dem Glauben und zu der Überzeugung führen muß, daß nichts mehr übrig bleibt als der gewaltsame Umsturz alles Bestehenden.“ — Vielleicht ein Hinweis auf die Ereignisse 1918, die Deutschland vorübergehend, Rußland für immer in die Gewalt radikalster Elemente brachte! — Und Bebel schloß seine Rede in der Reichstags-sitzung, in der er der Regierung und den bürgerlichen Parteien die Schuld an den mehr und mehr zunehmenden polizeilichen Gewaltakten gab: „Das haben Sie mit Ihren Maßregeln herbeigeführt. Das sind die Früchte, die Sie erreicht haben, und wenn Sie mit diesen Früchten zufrieden sind — nun, wir auch!“

Der Segeberger Ortsverein im Wahlkampf

Als die Segeberger Genossen innerhalb des Ortsvereins ihre Arbeit aufnahmen, waren zwar die polizeilichen Maßnahmen nicht mehr in dem Umfang an der Tagesordnung wie vor 1890, aber sie hatten unter dem damaligen Landrat keinen leichten Stand. Sie mußten unter dem preußischen Dreiklassen-Wahlrecht mancherlei Schwierigkeiten überwinden. Da der Wähler den von ihm gewählten Kandidaten öffentlich benennen mußte, war es also ein offenes Bekenntnis, das abgelegt werden mußte. Die Segeberger Wahlmänner der SPD, Johannes Harm und Karl Böttger, ließen sich durch äußere Umstände irgendwelcher Art nicht beirren. Johannes Harm erzählt aus dieser Zeit: „Ich trat im Jahre 1894 dem Ortsverein bei und übernahm sofort den Vertrieb der damaligen Volkszeitung aus Kiel und der Nordwacht. Meine besonderen Mit-

arbeiter waren der Genosse Ralf und Genosse Vick. Die schönste Arbeit in der damaligen schweren Zeit war für uns alle, die dem Vorstand angehörten, die Verteilung der Flugblätter und der Norddeutschen Volkskalender im 6. und 9. Wahlkreis.

Oft wurden wir von Bauern mit Hunden vom Hof gejagt,

aber trotzdem bekamen die Bauern unsere Flugblätter. Unsere aufgestellten Kandidaten waren Adolf von Elm im 6. und Paul Weinheber, Hamburg, im 9. Wahlkreis.“

Dann erzählt Johannes Harm weitere interessante Einzelheiten aus dem politischen Kampf kurz vor und nach 1900:

„Im Jahr 1896 wurde ich zum Vorsitzenden der Partei und des Gewerkschaftskartells gewählt und wurde damit auch das schwarze Schaf in Segeberg. Von den Behörden wurde ich boykottiert und man versuchte, mich mit allen Mitteln aus Segeberg herauszuekeln. Ich aber habe allen die Spitze geboten und umso emsiger für das Bestehen der Partei gearbeitet. Ich ging über Land und habe bei den Knechten und Tagelöhnern auf den Dörfern mit meinen Vertrauensleuten Debattierabende veranstaltet und damit stets Mitglieder erworben.

Dann kam im Jahre 1898 die Reichstagswahl. Diese Wahl zu überwachen, war für uns ein besonderes Vergnügen. Ich bin als einziger auf Gut Rohlstorf gewesen. Den Gutsarbeitern gab ich das Versprechen, daß keiner einen Nachteil hätte, wenn sie einen Sozialdemokraten wählen würden. Es war für unsere Partei stets nur eine Stimme auf dem Gut abgegeben und diese war vom aufgestellten Gutsherrn und warum? Um seine Arbeiter zu schikanieren, weil die Wahl nicht einstimmig ausgefallen war, und um sein den Arbeitern gegebenes Versprechen nicht einlösen zu müssen. Vorher hatte ich bereits an alle Arbeiter Stimmzettel verteilt. Vom Gutsverwalter bekamen sie für jede Partei einen Stimmzettel. So konnten die Arbeiter wählen, wen sie wollten. Als ich morgens das Wahllokal betrat, wollte ich mir einen Stuhl nehmen; das wurde mir verweigert. Da mietete ich mir einen Stuhl und ließ mich im Wahllokal nieder. Als bei Wahlschluß auf meine Veranlassung die Wahlurne beschlagnahmt war, wurde sie vorsichtig umgekippt, weil man an den fein säuberlich aufeinandergelegten und nummerierten Zetteln sehen wollte, wie jeder einzelne gewählt hatte. Da habe ich die Zettel so durcheinanderschüttelt, daß es mit jeder Kontrolle vorbei war. Auf dem Gut waren für die SPD 76 Stimmen abgegeben. Der Wahlvorstand wollte mich aus dem Lokal weisen, doch einer sagte: „Nehmt euch hieran ein Beispiel; der SPD-Mann hat richtig gehandelt und ihr habt gegen das Wahlgesetz verstoßen . . .“

Es braucht natürlich niemanden zu wundern, daß ein solcher Aktivist sich außerordentlich mißliebig machen mußte, so daß er es bald vorzog, Segeberg zu verlassen und nach Hamburg zu gehen. Es wurde so schwierig für ihn, nachdem er auch mit dem Bürgermeister der Stadt Segeberg einmal vor dem Gericht in Kiel erscheinen mußte und zu einer kleineren Geldstrafe verurteilt wurde, daß er seine Familie nicht mehr ernähren konnte. Man sollte an solche Dinge aus der Frühzeit des Ortsvereins des Menschen und der Sache wegen einmal zurückdenken.

Nach dem ersten Weltkrieg gesellschaftsfähig

Als die Monarchie dann 1918 zusammengebrochen war, als die politische Macht bei den führenden Männern der SPD lag, denselben, die einige Jahrzehnte zuvor unter Ausnahmegesetz standen, wurde die Partei der Arbeiter und Landarbeiter gesellschaftsfähig, denn jetzt gab es, wie in einem ganz ähnlich gelagerten weiteren Beispiel der Geschichte ein paar Jahrzehnte später, viele Leute, die es für sehr zweckmäßig hielten, dazuzugehören. An den Ideen und kämpferischen Idealen hatten so manche zwar keinen Anteil, an den Erfolgen und dem sich daraus etwa ergebenden Nutzen aber wollte ein jeder gern beteiligt sein. In Segeberg kandidierte Karl Legien zur verfassunggebenden

Nationalversammlung und wurde gewählt. Der Ortsverein, der sich sehr bedeutend entwickelt hatte, entsandte nun seine Vertreter in den Kreistag und die Stadtverwaltung, wo in den letzten Jahren der Genosse Böhm die Führung hatte. Im großen politischen Geschehen, das sich im engeren Raum in Gestalt von Zusammenstößen durch ihre Leidenschaften Aufgehetzter abzeichnete, hatte die SPD ihre Krise durch die Abzweigung der Unabhängigen um 1817 durchmachen müssen, bis es 1922 wieder zur Vereinigung und Sammlung der Kräfte kam, die nun gegen eine mehr und mehr anwachsende neue Rechtspartei, die NSDAP, benötigt wurden. Der Anschlag auf den demokratischen Staat durch den Rebellengenerallandschaftsdirektor Kapp-Königsberg fand begeisterten Anhang, vor allem beim Segeberger Bauerntum. Man sah manchen heute namhaften Demokraten mit dem Gewehr in der Hand herumspielen, bis die Entschlossenheit der Segeberger Arbeiterschaft auch diesem Spuk ein schnelles Ende bereitete. Schon wenige Tage nach dem 20. März 1920 hatte der Generalstreik der arbeitenden Massen die demokratische Ordnung wiederhergestellt.

Folgt man den verhältnismäßig wenigen Überlieferungen aus älterer Zeit, so läßt sich aus dem Werden der Segeberger Gruppen, des Ortsverbandes und des späteren Kreisvereins doch so manches noch aufzeichnen, das im Jubiläumsjahr in Erinnerung gerufen werden muß. So denken wir daran zurück, daß sich 12 Jungen und Mädels am 30. Oktober 1930 im Höhlenkrug versammelten, um nach einem Referat des Bezirksleiters Gustav Schatz aus Kiel die Sozialistische Arbeiter-Jugend zu gründen. Vorsitzender wurde Friedrich Siebuhr und nach dessen Ableben im Jahre 1932 bis zur Auflösung der Organisation Karl Bergstädt.

Etwa ein Jahr später, so ist es für eine einigermaßen übersichtliche Rückschau festzuhalten, am 29. November 1931 nämlich, wurde die Segeberger Gruppe der Sozialistischen Kinderfreunde gegründet. Ortsgruppenleiter und zugleich Gruppenführer der Roten Falken wurde Ernst Oertel, Gruppenführer der Jungfalken Robert Fiebiger, der am 1. Dezember 1932 Ortsgruppenleiter und Gruppenführer beider Gruppen wurde und es bis zur Auflösung durch das Machtsystem der NSDAP am 30. April 1933 war.

Auf der Ehrentafel des Gedenkens stehen die Namen von 11 Genossen, die von 47 Mitgliedern der Gruppen auf dem Felde der Ehre starben für ein Deutschland, das im Tode alle einte.

Wer gedankenvoll die vergilbten Zeitungsblätter zur Hand nimmt, die aus den Jahren vor der nationalsozialistischen Machtübernahme erinnern an die Demonstrationen, die Versammlungen und leider auch die gewalttätigen und blutigen Zusammenstöße — dem wird erschütternd deutlich, daß erst ein so entsetzlicher Krieg mit seinen Millionen Opfern, mit den Qualen der Bombennächte und mit dem bitteren Ende einer totalen Niederlage kommen mußte, um den Deutschen klarzumachen, auf welchem Irrwege sie sich befunden haben, als sie einander in Saalschlachten und Straßenkämpfen befehdeten. Und es sollte auch — so meinen wir, die wir in einer stillen Stunde den Blick rückwärts gewandt haben — uns allen, die wir das Gleiche und Nämliche wollen, eine verpflichtende und ernste Mahnung sein, zu versuchen, solche parteipolitischen Gegensätze ein für allemal zu überbrücken und an ihre Stelle das nüchtern-sachliche Denken einer zweckmäßigen Wirtschaftsförderung zum gemeinsamen Nutzen zu setzen, wie es ja das Programm der SPD von Anbeginn forderte.

Lassen wir den Film mit all seinen erregenden Szenen nochmals ablaufen:

In einer Wahldemonstration für den 14. September 1930, die Gustav Böhm leitete, sprach am 7. September nach einem stattlichen Zuge durch Bad Segeberg Paul Dugdahn, Altona, der vor kurzem verstorbene Verlagsleiter des „Hamburger Echo“, in der „Harmonie“. Er hob die besondere Bedeutung dieser

Wahl hervor, als er darin erinnerte, daß in der Vergangenheit wiederholt mit Gewalt die Verfassung geändert werden sollte, daß diese Versuche jedoch stets an der geschlossenen Front der Arbeiterschaft gescheitert seien. Trotz der beträchtlichen Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen, die von der vorhergehenden Wahl bis zu dieser von 19 auf 873 Stimmen anwachsen, hielt die SPD die Spitze mit 883 (880) Stimmen, während die bürgerlichen Parteien sehr beträchtlich verloren.

Trauer um Hermann Müller-Franken, den zweiten Mann der SPD, dessen Lebensweg vom Handlungsgehilfen zum Reichskanzler führte

Am 21. März 1931 gedachte die Reichstagsfraktion ihres verstorbenen Führers Hermann Müller, den Otto Wels als den Mann feierte, der Schwerstes auf sich nahm in schwerster Zeit, der im Zusammenbruch des alten Regimes die Kraft fand, die Verantwortung für die Schuld der andern durch seinen Namenszug zu tragen, Otto Wels sagte:

„Mit Friedrich Ebert, der als Reichspräsident aus dem engeren Rahmen der Partei scheiden mußte, ist der erste, mit Hermann Müller eigentlich der zweite der bedeutendsten Führer der zweiten Generation in der Partei aus unserer Mitte geschieden. Hermann Müller hat es stets abgelehnt, als eitler Demagoge dem Volk zu schmeicheln. Er hat oft genug das Wort geprägt, daß derjenige, der sich zum Knecht der Massenmeinung macht, dem Schicksal des „Hosianna“ und des „Kreuziget ihn!“ nicht entgehen kann“ — ein nur zu wahres Wort, wie wir aus der jüngsten Geschichte unseres Vaterlandes wissen. — „Hermann Müller war ein Wahrheitsfanatiker und fand in der Arbeit und in der Liebe zur Freiheit die Kraftspenden seines Lebens.“

Die englischen, französischen italienischen, polnischen und amerikanischen Zeitungen besprachen eingehend Hermann Müllers Lebenslauf und seine politischen Erfolge. Auch in ihnen wurden der unbedingte Wahrheitswille und das große staatsmännische Können Hermann Müllers hervorgehoben und es wurde mit höchstem Lob seiner menschlichen Qualitäten gedacht.

Am Sonntag, 7. Juni 1931, ehrte man im Kreise Segeberg das Andenken an den ersten Reichspräsidenten, Fritz Ebert, durch die Enthüllung eines Gedenksteines in Bad Bramstedt. U. a. nahmen auch die Segeberger SPD-Mitglieder und Reichsbanner-Kameraden daran teil. Zu den 4 000, die aufmarschiert waren, sprach der Kreisleiter des Kreises Neumünster der SPD, der zuvor auch einen Kranz für die Opfer des Weltkrieges niedergelegt hatte. Es wurde in dieser Feierstunde nicht nur eines toten Vorkämpfers und Führers gedacht, sondern es kam die Idee zum Ausdruck, unter der auch sein Leben gestanden hatte, bevor man ihn zum Hüter der republikanischen Neuschöpfung eines demokratischen Deutschland bestellte. Nach der Weiherede des Kameraden Hinnerwisch, Schönberg, sprach Gaufrührer Richard Hansen in einer Schlußkundgebung vor dem alten Roland:

„Wir danken euch, Kameraden, daß ihr trotz wirtschaftlicher Not gekommen seid, Bekenntnis abzulegen für die Demokratie, für die Republik. Ihr stellt eure Kraft in den Dienst einer großen Sache. Aber wir stellen mit Erstaunen fest, daß es republikanische Behörden nicht für nötig befunden haben, ihre Vertreter zu entsenden, daß auf keinen behördlichen Gebäuden die Reichsfahne weht. Wir werden sie daran zu erinnern wissen, welche Pflichten die Behörden gegenüber den Republikanern haben. Euer heutiger mustergültiger Aufmarsch hat bewiesen, daß die Verteidigung der Republik auf starken Füßen steht.“

Magistrat Segeberg gegen Reichsbanner

Eine große Kundgebung des Reichsbanners, die für den 23. August 1931 geplant wurde und dann auch zu einem vollen Erfolg mit 4 000 Mann, die angetreten waren, wurde, hatte eine sehr bezeichnende Vorgeschichte. Die Zeitungsblätter, die davon künden, lassen erkennen, daß es um die Bereitstellung des städtischen Sportplatzes zwischen der Ortsgruppenleitung des Reichs-

banners und dem Magistrat bzw. dem Bürgermeister Elsner zu einer sehr erheblichen Auseinandersetzung gekommen ist. Der Magistrat hatte erklärt, daß er für militärisches Gruppenexerzieren, als die er die sportlichen Veranstaltungen ansah, den Sportplatz und Straßen und Plätze nicht zur Verfügung stellen werde. Das Reichsbanner hatte die Meinung vertreten, daß kaum anzunehmen sei, daß eine deutsche Behörde in der Auferlegung von Beschränkungen noch über die Forderungen ehemaliger Kriegsgegner hinauszugehen beabsichtige.

Dann erhielt das Reichsbanner ein Schreiben des Magistrats, in dem es u. a. hieß:

„Der sich Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nennende Verein . . . ist als Kampforganisation anzusehen, deren Mitglieder sich in Bad Segeberg durch Überfälle und Belästigungen friedlicher Bürger sowie durch Aufsehen erregende Umzüge wenig angenehm bemerkbar gemacht haben Mit Verachtung übergeben wir Ihre Unterstellung hinsichtlich Durchführung des Versailler Diktats“ (Es war etwa um die Zeit, als ein Musikkorps der Reichswehr in der entmilitarisierten Zone bei einem Treffen alter Soldaten in Zivil aufmarschieren mußte!) *„Eine Vereinigung, von der Mitglieder u. W. mehrfach in würdeloser Weise sich mit Franzosen eingelassen haben, hat von einer deutschen Behörde eigentlich überhaupt keine Antwort verdient.“* Das Schreiben war von Bürgermeister Elsner unterzeichnet.

Über den Oberpräsidenten wurde dann die Bereitstellung des Platzes erwirkt, allerdings mit einer Reihe von Auflagen, die von der Stadt gemacht wurden. Selbstverständlich wurde der Magistrats- und der ihm folgende Polizeierlaß in der Volkszeitung entsprechend kommentiert, aber an die Teilnehmer am Aufmarsch erging die Aufforderung, recht zahlreich in Bad Segeberg aufzumarschieren, selbst wenn es den friedlichen Bürgern unangenehm sei: „Sie werden dem Herrn Bürgermeister zeigen, daß sie in mustergültiger Disziplin und würdiger Form für die Republik und die von dem Polizeiverwalter so vergewaltigten Freiheiten demonstrieren werden.“

Und sie marschierten am 23. August auf, nachdem am Sonnabend ein Fackelmarsch mit 500 Mann nach dem Kalkberg geführt hatte, wo der Wandsbeker Kreisleiter Schmidt erklärte, der Kampf ginge um ein freiheitliches demokratisches Deutschland in der Erwartung, daß der republikanische Staat endlich Schluß mache mit der unbegreiflichen Milde gegen seine Feinde. Und dann wurde ein Feuerwerk auf der Höhe des Kalkberges abgebrannt.

Nahezu 4000 waren es dann am Sonntag, die mit 15 Musikkapellen und 50 Fahnen durch die Stadt nach dem Sportplatz marschierten. Kreisleiter Böhm leitete die große Kundgebung ein und Polizeipräsident Otto Eggerstedt, Altona, hielt die Festansprache, in der es u. a. hieß:

„Wir stehen heute, wie in allen schweren Zeiten, als der einzige feste Stützpunkt der demokratischen Republik. Sie zu erhalten und auszugestalten, ist unsere hehrste Aufgabe. Tragt die Begeisterung, die uns zusammengeführt hat, in die Massen, rüstet für die Kämpfe, die uns bevorstehen, seid aktiv im Kampf für Deutschlands Freiheit!“

Es kam nicht nur zu Zusammenstößen wie z. B. zwischen Reichsbanner und Artamanen bei Wensin, nach denen von Reichsbannermännern Strafanträge wegen Körperverletzung und Transportgefährdung gegen Artamanen gestellt wurden, es kam auch zu sonstigen Zwischenfällen oder Ablehnungen gegenüber Angehörigen der SPD. Die Rote-Falken-Gruppe hatte im Herbst 1932 mit ihren Zusammenkünften in einer Wirtschaft begonnen. Nun wollte der Ortsgruppenleiter diesen Zustand gern ändern und richtete an den Schulvorstand der Bürgerschule den Antrag auf Überlassung einer Schulklasse für die Zusammenkünfte. Obwohl die Genossen Ludwig, Tödter und Hermann den Antrag in der Schulvorstandssitzung ausreichend begründeten, wurde der Antrag in geheimer Abstimmung mit 8 gegen 4 abgelehnt. Die SAJ war aber

im übrigen bereits aktiv in Erscheinung getreten, so hatte sie u. a. eine Kundgebung der Segeberger Arbeiterschaft am 5. Januar im „Lindenhof“ zusammen mit den Reichsbannerspielleuten eingeleitet und ausgestaltet, eine Kundgebung, in der Genosse Feldmann, Kiel, Rückblick auf 1931 hielt und die Zielsetzung für das neu begonnene Arbeits- und Kampfjahr gab — das letzte vor dem Verbot der SPD.

Auch in Segeberg wurde die „Eiserne Front“ gebildet

Wir alle entsinnen uns noch deutlich genug jener letzten Monate, als die Dinge einer Entscheidung — so oder so — zutreiben oder zugetrieben werden mußten. Die politischen Leidenschaften schlugen hohe Wellen und es verging kaum eine Woche ohne schwere Zusammenstöße, ohne Schwerverletzte, ohne — Tote . . . Wir alle haben, das darf hier wohl im Rahmen einer solchen Rückschau auch gesagt werden, jegliche Radikalisierung und politisches Rowdytum jederzeit unbedingt verurteilt. Aber es waren Hintermänner von ganz links und ganz rechts, die Unbesonnene nach vorn jagten in Straßenschlachten mit Steinen gegen Tschako und Gummiknüppel oder in Saalschlägereien mit Stuhlbeinen und Bierseideln.

Die SPD gab die Parole aus: „Die Eiserne Front ruft! — Massen heraus! — Wir greifen an!“ Gegen den Faschismus sollte der Stoß geführt werden, denn die „Nazis haben solange ihr Deutschland erwache! gerufen“ — so hieß es im Januar 1932 in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung — „bis es wirklich erwacht ist!“

Mit 200 Versammlungen in Schleswig-Holstein begann dieser Vorstoß. In Thüringen waren es 600, in Braunschweig 400, Pommern und Schlesien je 500, Hannover 1000 usw.

Auch Bad Segeberg erhielt seine Eiserne Front. Sie wurde im „Lindenhof“ gebildet und von Gustav Böhm geführt. Vorsitzender der SPD war zu jener Zeit — also im Januar 1932 — H. Borgwardt.

Anfang Februar kam es zu einem Überfall, den nach dem Bericht der Volkszeitung mehr als 30 Nationalsozialisten auf 8 Reichsbannermänner verübten, die aus dem Lichtspielhaus kamen. Sie wurden an der Abzweigung der Ziegelstraße von der Hamburger Straße überfallen und zogen es vor, der Übermacht zu weichen. Weil es aber offenbar zu einem Zusammenstoß kommen sollte, wurden die Flüchtigen Ecke Mühlenstraße eingeholt und hier angegriffen. Paul Rüter erhielt einen Messerstich an der linken Halsseite, der um ein Haar die Schlagader getroffen hätte. Außerdem erhielt er einen schweren Schlag auf den Hinterkopf. Ebenso wurden die Kameraden Paul Danker und Ernst Meili durch einen Messerstich an Kopf und Nase verletzt. Am nächsten Abend entstand ein Wortwechsel zwischen einem Reichsbannermann und einem Nazi. Auch hier griff eine starke Übermacht einen Gegner an, der bis zu seiner Wohnung verfolgt wurde. Hier begnügte sich das starke Aufgebot damit, die Türfüllung einzutreten.

Der schwere Überfall in Quaal

Eine der brutalsten und schwersten Mißhandlungen politisch Andersdenkender ließen sich Segeberger Nationalsozialisten nach einem noch vorhandenen Bericht vom 22. Februar 1932 in Quaal zuschulden kommen. Nachdem die Ortsgruppe Quaal des Reichsbanners zum Reichsgründungstage eine Mitgliederversammlung, in der Bresk, Altona, sprach, abgehalten hatte und die meisten Teilnehmer schon nach Hause gegangen waren, stürzten plötzlich 40 Nazis aus Segeberg in das Lokal und schlugen auf die hier noch zusammensitzenden Jungbannerkameraden aus Quaal mit Knüppeln, Hufeisen, Türhaken, Eisenstangen, Stuhl- und Tischbeinen und sonstigen Gerätschaften, die sie aus der nahegelegenen Schmiede geholt hatten, auf die Ahnungslosen ein. Sechs Mann wurden verletzt, zwei von ihnen schwer und zwar Richard Möller, der einen

dreifachen Schädelbruch erlitt, und Willy Jandt, der ebenfalls schwere Kopfverletzungen erhielt.

Im Lokal wurde alles, was nicht niet- und nagelfest war, demoliert. Verschlossene Türen wurden eingetreten, Kronleuchter zerschlagen und Gardinen zerrissen — es war ein schlimmes Bild. Auch beim Abtransport der Schwerverletzten kam es noch zu unerfreulichen Szenen, als der kaum noch transportfähige Möller nicht getragen, sondern zum Krankenauto geschleift wurde. Sein Zustand wird in dem Bericht als ernst bezeichnet, während Jandt nicht in Lebensgefahr war. Die Landjägerei war — wie in dem Bericht lobend hervorgehoben wird — sehr schnell zur Stelle und nahm zwei Personen fest, die dem Amtsgerichtsgefängnis Bad Segeberg zugeführt wurden. Am nächsten Tage wurden noch zahlreiche weitere Verhaftungen vorgenommen. Es wurde auch sogleich bekannt, daß die Angreifer nebenan in der Schmiede und einer benachbarten Scheune lagen und gewartet hatten, bis die Segeberger und der größte Teil der Quaalerversammlungsteilnehmer das Lokal verlassen hatten. Dann erst waren sie in großer Übermacht in das Lokal eingedrungen. Es war eine der übelsten Gewalttaten jener Zeit, die im Schnellverfahren vor dem Erweiterten Schöffengericht Neumünster, das im Amtsgerichtsgebäude Bad Segeberg tagte, abgeurteilt wurde. Angeklagt waren 15 Mitglieder der NSDAP, von denen nach dem Befund der größere Teil bewaffnet war. Es kam zur Verhängung mehrerer Gefängnisstrafen zwischen 15 und 3 Monaten und zum Freispruch in zwei Fällen.

Der Vorsitzende schloß die Sitzung am 1. März mit der Mahnung:

„Lernen wir aus diesem Verfahren, daß es keinen Sinn hat, die politischen Gegensätze in dieser Weise auszutragen!“

In Großkundgebungen in Neumünster nahmen die Versammelten den Bericht des Genossen Hansen über die Vorfälle in Quaal und Segeberg entgegen. Wie berichtet wird, habe er sich an Ort und Stelle davon überzeugt, mit welcher Brutalität die „Erneuerer“ Deutschlands auf die wenigen Reichs- und Jungbanner-Kameraden eingeschlagen haben. „Ein junger, hoffnungsvoller Mensch wurde das Opfer dieser politischen Wegelagererei“, so sagte Hansen, „fünf weitere liegen schwer danieder.“

In der Presse fand der Überfall in Quaal die schärfste Verurteilung — auch der Gerichtsvorsitzende hatte ja die Ausschreitungen, die sich über nicht mehr als eine Viertelstunde erstreckten, als Rowdytum schlimmster Entartung bezeichnet.

Im Rahmen der Parteikonferenzen, die Ende März 1933 stattfanden, beschäftigte man sich auch in Kiel zusammen mit den Ortsvorständen mit den letzten Maßnahmen, die vor Beginn des direkten Wahlkampfes für die Preußenwahl und den zweiten Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten zu treffen waren. Genosse Bugdahn, Altona, wies die Behauptung, daß mit dem Stimmzettel nichts erreicht werden könne, energisch zurück und erklärte: „Man gebe uns die Mehrheit und wir werden zeigen, was geleistet werden kann!“

In der Konferenz des 5. Bezirks der SPD, die in Wandsbek stattfand, sagte Gustav Böhm, Bad Segeberg, daß am Wahltage 1 500 bis 3 000 SA-Männer in der Umgebung Segeberrgs zum Marsch auf das Landratsamt bereitgelegt hätten. Die Enttäuschung sei dann besonders groß gewesen, als Hitler nicht das Rennen machte. In einem Dorf im Kreise Segeberg seien am Tage nach der Wahl 16 Bauern aus der NSDAP ausgetreten. Die Aussprache zeigte, daß von allen Diskussionsrednern für die Agitation eine stärkere Berücksichtigung des Landes gefordert wurde und die Bereitstellung von solchen Rednern, die auf dem Lande starke Anziehungskraft besaßen. Damit sollte dem Lande auch die starke moralische Unterstützung zuteil werden, die man aus der Stadt erwartete.

Zwischendurch ist von Interesse, daß die Liste „Schulfortschritt“ mit 93 Stimmen und 8 Sitzen die absolute Mehrheit erhielt gegenüber der christlich-unpolitischen mit 91 Stimmen und 7 Sitzen.

Louise Schröder sprach in Rendsburg und Bad Segeberg

Als Auftakt zum Bezirksparteitag fand am 3. April 1932 eine gutbesuchte Bezirkskonferenz der Arbeiterwohlfahrt im Saal des Gewerkschaftshauses in Rendsburg statt. Zu den Opfern des Krieges und der Inflation, so sagte die spätere Oberbürgermeisterin von Berlin, treten in immer steigendem Maße die Tausende und Abertausende, die von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Leider beengten die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch die Wohlfahrtstätigkeit der Arbeiterwohlfahrt.

„Dazu kommt noch, daß in den Kommunen, in Ländern und auch im Reich vielfach eine Abbaupolitik ausgebrochen ist, die das Gefüge der öffentlichen und der privaten sozialpolitischen Tätigkeit bedroht. Gegen derartige Absichten wenden wir uns mit der größten Entschiedenheit!“ rief Louise Schröder aus und fuhr fort: „Die Treue der Massen zur Partei und die überragenden Zeugnisse der Solidarität, welche die Arbeiterwohlfahrt leistet, sind Lichtblicke in dieser grauen Zeit der Not.“

Als Louise Schröder dann am 19. April im „Lindenhof“ in Bad Segeberg als Spitzenkandidatin der schleswig-holsteinischen SPD-Reichstagskandidaten sprach, konnte sie auf die erste Tat Hindenburgs nach seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten verweisen und sich mit den politischen Folgerungen beschäftigen: Es gab keine SS und SA mehr, die Formationen waren durch Polizeiaktionen im ganzen Reich aufgelöst und es war damit zu hoffen, daß Provokationen und Überfälle, wie sie auch von der sogenannten SA-Kaserne in der Krankenhausstraße aus häufiger vorkamen, nunmehr vorbei sein würden. Darüber berichtete jedenfalls häufiger die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung.

Die Maifeier des Jahres 1932 — es war die letzte — wurde von den Gewerkschaften in sehr würdiger Form aufgezogen. Ein ansehnlicher Demonstrationzug bewegte sich durch die Straßen. Aber leider mußte die Arbeiterschaft wieder getrennt marschieren, denn die KPD konnte auf ihren eigenen Umzug offenbar nicht verzichten. Von Andersdenkenden wurden die beiden Umzüge mit höhnischen Zurufen begrüßt, aber dank der Disziplin der Arbeiterschaft kam es nicht zu Zusammenstößen. — Es lag in diesem Jahr ja so viel Zündstoff in der Luft . . . — Die Festrede hielt Kollege Gampig, Lübeck. Er schilderte den Werdegang der Arbeiterbewegung von 1890 bis zur Gegenwart und wies auf die dringenden Aufgaben in Gegenwart und Zukunft hin. Mit einem dreifachen Hoch auf die Internationale wurde die gut verlaufene Veranstaltung geschlossen.

Am 13. Mai wird über einen Reifall für Bürgermeister Elsner berichtet. Er hatte den sozialdemokratischen Stadtverordneten Borgwardt von einer Kollegiensitzung ausgeschlossen, weil B. eine in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung verlesene Stellungnahme des Magistrats zu Fürsorgeanträgen in der Volkszeitung veröffentlicht haben sollte. Die Republikanische Beschwerdestelle wurde daraufhin beim Regierungspräsidenten in Schleswig vorstellig und erhielt unter dem 9. Mai folgenden Bescheid:

„Die Beschwerde über den Bürgermeister in Bad Segeberg ist von mir nachgeprüft worden. Auf eine gleichzeitig erhobene Beschwerde des in Ihrer Eingabe genannten Stadtverordneten ist das Erforderliche veranlaßt worden.“
gez. Abegg.“

Über dieses Erforderliche wurde nichts näheres gesagt, doch nahm man nunmehr an, daß der Regierungspräsident dem Bürgermeister das Ungesetzliche in seinem Verhalten eindeutig klar gemacht habe.

Inzwischen hatte der Stadtverordnete Borgwardt unter dem 7. Mai vom

Regierungspräsidenten auf seine Beschwerde hin folgenden Brief erhalten:

„Nach Prüfung der Vorgänge teile ich ergebenst mit, daß die vom Bürgermeister vorgenommene Ausschließung von der Kollegiensitzung unzulässig gewesen ist. Ich habe den Bürgermeister ersucht, Sie an den künftigen Sitzungen der städtischen Körperschaften ungehindert teilnehmen zu lassen.“

gez. Abegg.“

Zunächst nahm nun der Bürgermeister gegen diese Mitteilungen in der Volkszeitung Stellung, dann wies er darauf hin, daß

„der Herr Regierungspräsident zu solchen Entscheidungen nicht befugt ist. Ob bzw. wann ich Sie“ (an Borgwardt gerichtet) „zur Teilnahme an städtischen Kollegiensitzungen wieder zulassen werde, ist meinem pflichtgemäßen Ermessen überlassen.“

In einem weiteren Schreiben an den Stadtverordneten Borgwardt heißt es dann in sehr bezeichnender Weise:

„Unter der Voraussetzung, daß Sie in Zukunft Ihren Pflichten als Stadtverordneter nachkommen und Ihre Verpflichtung durch Handschlag an Eidesstatt als ernstlich gemeint ansehen, lade ich zu der Sitzung der Stadtkollegien am Freitag, dem 27. d. Mts., 18 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses ein.“

gez. Elsner.“

Es lag wohl in der Natur der Sache, daß die nun einmal aufgetretene Spannung zwischen der SPD und ihren Funktionären einerseits und dem Bürgermeister Elsner andererseits sich noch häufiger bemerkbar machen mußte. Jedenfalls geht aus weiteren Veröffentlichungen, auf die allein man sich heute stützen kann, hervor, daß ihm Kritik sicherlich sehr unerwünscht war, so daß die Volkszeitung sich wiederholt mit Herrn Elsner und seiner Amtsführung beschäftigen mußte.

Sie schrieb in einem größeren Artikel „O rühret, rühret nicht daran“ über Einzelheiten, wie Bürgermeister Elsner die Fürsorge handhabe, daß Kritik nicht erwünscht sei und daß der Bürgermeister in einem Artikel im „Segeberger Kreis- und Tageblatt“ die Flucht in die Öffentlichkeit angetreten habe. Elsner hatte sich demnach gegen den allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, den Konsum-Verein und die Volks-Zeitung gewandt. Es ergab sich eine Diskussion über die „Armenunterstützung“, wie Elsner die Fürsorgepflege nannte, und es wurde das Für und Wider der Gutscheine — die nicht für den Konsum-Verein galten — beleuchtet. Es wurde dem Bürgermeister vorgerechnet, welche Bezüge er hätte und daß es ihm daher kaum möglich sei, sich in die Lage eines Wohlfahrtserwerbslosen zu versetzen, der mit Frau und Kind wöchentlich 7,71 RM bezog. Die tiefgehende Verstimmung zwischen der SPD und dem Bürgermeister Elsner war jedenfalls nie wieder zu beheben.

Während es das ganze Jahr über zu verschiedenen Zusammenstößen, Angriffen und Sachbeschädigungen kam, auf die im einzelnen nicht eingegangen werden kann, weil dies den Rahmen einer solchen Erinnerungsschrift bei weitem überschreiten würde, gab es auf kommunalpolitischem Gebiet sehr tiefgehende Unstimmigkeiten. Durch den Widerspruch nationalsozialistischer Stadtverordneter bei der Abstimmung über die Sicherstellung der Gelder für den Bau der Kanalisation kam es zur Ablehnung dieser für die Stadt so nötigen Maßnahme und Arbeitsbeschaffung. Auch die Frage, wem vom Winterhilfswerk geholfen würde, war sehr kritisch zu untersuchen. Es wurde ein Beispiel aufgeführt, daß die Streichung von der Liste angedroht wurde, wenn jemand sich Ausschußmitgliedern gegenüber „ungehörig“ benähme.

Am 21. September widmete man dem Genossen Robert Trems für das Reichsbanner, für die SAJ und für die gesamte SPD in Traueranzeigen ein dankbares Gedenken, in dem er in seiner Mitarbeit für die gemeinsame Sache als unermüdet bezeichnend wird. Er wurde im Alter von nur 36 Jahren aus der Mitte seiner Kameraden genommen.

Vorbereitungen für einen Marsch auf Segeberg

Es wurde damals wiederholt behauptet, die Nationalsozialisten wollten in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August 1932 gewaltsam die Macht im Staat an sich bringen, wenn die Reichstagswahl den entscheidenden Sieg gebracht hätte. Da der Sieg nicht errungen wurde, mußte die vorbereitete Aktion abgeblasen werden, doch konnte man nicht alle SS- und SA-Männer zurückpfeifen, wie Bomben- und Handgranatenanschläge in Schleswig-Holstein, Schlesien und Ostpreußen bewiesen. Das Beweismaterial lieferte ein Strafprozeß, der im Dezember 1932 eine Anzahl von SA-Männern vor die Schranken des Kieler Gerichts brachte. Sie waren aus dem Kreise Segeberg und in Weede zusammengezogen. Landjägermeister Lausen berichtete darüber vor Gericht:

„Gegen Abend erhielten wir Meldung, daß ein Lastauto mit Lübecker Kommunisten auf der Fahrt nach Segeberg sei. Das Auto wurde von mir kurz vor dem Dorf Weede angehalten. Sämtliche 54 Kommunisten wurden auf Waffen untersucht, gefunden wurde aber außer einem feststehenden Messer nichts. Da die kommunistische Versammlung in Segeberg verboten war, wurden die Kommunisten nach Lübeck abgeschoben. Als wir in das Dorf Weede kamen, sahen wir viele Einwohner des Dorfes bewaffnet auf der Straße herumlaufen. Als sie uns gewahr wurden, verschwanden sie schleunigst. Bekannt geworden ist nur, daß die SA für den 31. Juli einen Marsch auf Segeberg plante. Die SA war bereits in Weede zusammengezogen, so daß ganze Dörfer von männlichen Einwohnern völlig entblößt waren. Ich nehme an“, — so schließt der immerhin recht interessante und aufschlußreiche Bericht des Polizeibeamten vor dem Gericht — „daß nur für diesen Marsch die Bewaffnung erfolgte.“

Einen Tag nach der Festnahme wurden die Angeklagten im Schnellverfahren vor dem Amtsgericht Segeberg abgeurteilt. Es handelte sich um vier Mann, die mit Blendlaternen und Pistolen ein Fahrzeug der Polizei angehalten hatten und wegen verbotenen Waffenbesitzes vor Gericht erscheinen mußten. Da ihnen wie allen übrigen SA-Männern vom Sturmführer erklärt worden war, das Waffengesetz sei aufgehoben, beantragte ihr Verteidiger, ein Segeberger Anwalt, in der Berufungsverhandlung in Kiel, daß die wegen Waffenmißbrauchs verhängte gesetzliche Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis aufgehoben werde und Freispruch erfolge. Das Berufungsgericht erklärte dem Anwalt jedoch, daß ein Rechtsirrtum niemals Straffreiheit bedeute und die Berufung aller Angeklagten daher auch sinnlos sei und verworfen werden müsse. Aber immerhin habe die Strafkammer den Angeklagten zugute gehalten, daß sie auf Befehl des Sturmführers gehandelt hätten und auch die Berufung der Staatsanwaltschaft verworfen.

Das Thema „Furcht vor öffentlicher Kritik“,

unter jeder Regierungsform und bei jeder Behörde in schwächerer und auch stärkerer Form gegeben, wurde Mitte Januar abermals eingehend behandelt, als in einer längeren Aussprache in der Stadtverordnetenversammlung nochmals über die Anlage einer Kanalisation debattiert wurde. Die Vertreter der SPD wiesen wieder auf erreichbare günstige Bedingungen hin, unter denen man ein solches Vorhaben finanzieren könne. Ein Badeort wie Segeberg müsse einwandfreie hygienische Verhältnisse schaffen — doch es war auch diesmal nicht möglich, den Widerstand zu brechen, der auch bei den Vertretern der NSDAP vorhanden war. Die SPD bedauerte dies, wie im Bericht der Volkszeitung zum Ausdruck kommt, sehr, und stellte die Frage, wie es denn sein würde, wenn die Regierung später einmal die Stadt Bad Segeberg zwingen würde, aus hygienischen Gründen die Kanalisation anzulegen. Dann wäre es vielleicht schwer für die Bürgerschaft, aus leerem Stadtsäckel ein solch umfangreiches und kostspieliges Vorhaben zu finanzieren. Der Artikel schließt:

„Es wird sich erweisen, wer dein Bestes wollte. Die SPD-Vertreter sind gedeckt.“

Im Januar 1933 wurden dann auch die Vorarbeiten getroffen für lokale und auswärtige Veranstaltungen. Es sollte in der Provinz und auch im Reich noch so manches große Treffen stattfinden. Die Rote Jugend rüstete für ihre Aktionen, die in einem Jahresarbeitsplan vorbereitet wurden. Für Pfingsten war z. B. im Anschluß an den Bezirksjugendtag in Neumünster eine Abschlußkundgebung in Segeberg vorgesehen. Und diese in der Jugend gern aufgenommene Arbeit, die von vielen Idealisten gefördert wurde, fand eben im Januar 1933 starke Resonanz, als die Parolen lauteten: Die Rote Jugend rüstet, die Rote Jugend baut auf, die Rote Jugend im Dienst für den Sozialismus voran!

Es mag in dieser Rückschau von besonderer Bedeutung sein, auch ein Wort über die Planung des Marx-Parteitages zu lesen, der vom 12. bis 18. März stattfinden sollte. Die Eröffnungskundgebung sollte mit einem Riesendemonstrationszuge durch Frankfurt am Main eingeleitet werden. In der Festhalle, die 20 000 Menschen aufnehmen sollte, war zur Begrüßung die Auf-führung der Freiheitskantate, Text von Max Barthel, Vertonung von Ottmar Gerster, durch einen Massenchor und ein großes Orchester geplant. Partei-vorstandsmitglieder, Vertreter der Sozialistischen Internationale und der aus-ländischen Bruderparteien sollten sprechen. Und auch alle übrigen Ver-anstaltungen versprochen nach dieser Ankündigung im Rahmen sehr um-fassender Vorarbeiten ein starkes Erlebnis zu werden.

Nochmals wurde kräftig geworben für die Beteiligung an der Tätigkeit der Arbeiterjugend. Ein Bericht über die Generalversammlung, die gut besucht war, zeigte — wie auch der Jahresbericht ergab — daß die SAJ sich trotz schwerster Wirtschaftslage und Terror gehalten hatte. Die Kasse war intakt. Der Vorstand wurde mit einigen Abänderungen wiedergewählt. Die Parole für das Jahr 1933 wurde ausgegeben: Vorwärts zum Kampfe für Demokratie, Sozialismus und Freiheit! Und an alle Arbeitereltern wurde die Aufforderung gerichtet: Schickt eure Kinder in die Arbeiter-Jugend!

Inzwischen war der 30. Januar vorübergegangen und hatte dem Volke einen neuen Kanzler beschert, der von vielen umjubelt und von vielen mit sehr kritischen Augen betrachtet wurde, obwohl ja niemand ahnen konnte, was er in Wirklichkeit bringen würde. Zunächst lief die Arbeit der SPD weiter wie bisher; in Bad Segeberg fand eine Konferenz der Parteivereine des Kreises statt und es wurden die Kandidaten für die Provinzial- und Kreistagswahlen aufgestellt. Genosse Böhm sprach zu den Delegierten, Schmidt, Wandsbek, erläuterte die technischen Einzelheiten der Wahlarbeit. Für den Provinziallandtag wurde der Kollege Tofte, Kiel, vorgeschlagen, an der Spitze der Kreistagskandidaten stand der Kreisleiter der Landarbeiter, Böhm, Bad Segeberg.

„Wir sind kampfbereit!“

hieß es in einer überfüllten Parteiversammlung in Neumünster, die für den Optimismus bezeichnend war und auch für den entschlossenen Willen, mit dem man auch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme weiter-zukämpfen entschlossen war. Der Reichstagsabgeordnete Eggerstedt sagte u. a.:

„Wie ist es, Herr Hitler, mit all den Versprechungen, die dem Volke gemacht wurden? Hat Hitler den Versailler Vertrag schon zerrissen, wie er versprach? Nein, er erklärte, daß er sich für die Revision einsetzen werde, genau das gleiche, für das die Sozialdemokratie sich immer wieder einsetzte. Wie ist es mit den Tributzahlungen, die eingestellt werden sollten? Ist die Kriegsschuldfrage feierlich widerrufen? — Der Reichskanzler spricht immer wieder von der Brechung des roten Terrors — wir haben den Terror erst kennengelernt, nachdem die Hitlergarden auf die Straße kamen, nachdem die braune Gesell-schaft die Arbeiterschaft bis zur Unerträglichkeit provoziert hat.“

Und bis zum letzten Tage haben die Kämpfer für ihre Idee, für ihre Freiheit, gegen Diktatur und Zwang mancherlei Art sich zur Wehr gesetzt. bis die Macht, die bewaffnete und niederdrückende Macht, die Oberhand hatte. Sie löschte eines Tages alle Rechte der SPD aus, nahm der Partei die Lebens-möglichkeit und verwies die führenden Männer in die Konzentrationslager.

Dann kam die lange Pause — 12 Jahre lang gab es keine parteipolitische Betätigung mehr, nach einigen Jahren brach der furchtbarste Krieg aus und hinterließ ein Trümmerfeld, wie es noch nie in der Geschichte der Völker, ja der Menschheit entstanden war.

*

Auf den Trümmern galt es dann, neu aufzubauen

Und es wurde wiederaufgebaut.

Im Oktober 1945 fanden nach 12jähriger Unterbrechung wieder öffent-liche Versammlungen der SPD statt. Hier meldeten sich die alten und neuen Genossen zur Aufnahme und Mitarbeit in die neue alte SPD.

Die erste Mitgliederversammlung der SPD nach der Verbots- und Kriegs-zeit fand am 2. Januar 1946 in der Bürgerschule statt. Der neue Kreisvor-sitzende Otto Auhagen erstattete den Bericht über den Aufbau und die Ent-wicklung der Partei im Jahre 1945, einen allmählichen Aufbau nach der lan-gen Verschüttung aller ideellen und geistigen Werte.

Erster Vorsitzender wurde Genosse Willi Prahl. In die Gemeindever-tretung der Stadt Bad Segeberg wurden die Mitglieder der SPD Willi Prahl, Johannes Beck, Walter Oertel und Maria Mysiak gewählt.

Die neugewonnene Stärke und Position der SPD in Stadt und Kreis Segeberg äußerte sich u. a. darin, daß Otto Auhagen vom Kreistag zum stellv. Landrat gewählt wurde, die Kraft der Bewegung zeigte sich in den Kundgebungen, die wieder stattfanden und von denen jene am 1. Mai 1946 auf dem Segeberger Marktplatz mit dem Bürgermeister und damaligen Po-lizeipräsidenten der Stadt Lübeck, Otto Passarge, starken Eindruck hinterließ.

Als der erste Parteitag der SPD in Hannover zu einem erneuten Be-kenntnis zum Sozialismus wurde, der durch Drangsal, Verbote und Stahl-gewitter hindurchgerettet worden war, wurde Otto Auhagen als Delegier-ter vom Kreisverein gewählt.

„Einheit und Freiheit“

alte Begriffe und Ideale in neuer Beleuchtung unter den so ganz anders-gearteten Nachkriegsverhältnissen, betrachtete W. Darendorf in einer öffent-lichen Kundgebung auf dem Marktplatz zu Bad Segeberg am 18. Mai, und am 25. Juli fand eine öffentliche Versammlung mit dem späteren Gesund-heitssenator Walter Schmedemann, Hamburg, in der „Harmonie“ statt.

In einer Großkundgebung in Hamburg, an der Segeberger Genossen teilnahmen, die mit dem Autobus nach Hamburg gefahren waren, sprachen in großangelegten Referaten die Sozialdemokraten Grumbach, Paris, Ollen-rauer, Hannover, Meitmann, Hamburg, und Max Brauer, der gerade aus der Emigration aus den USA zurückgekehrt war.

Neben der allgemeinen politischen Arbeit, die der alten Zielsetzung unter veränderten inneren Verhältnissen (Besetzung durch Truppen der Besatzungsmacht, seelische und wirtschaftliche Not, Mangel aller Art) diente, ging auch die kommunalpolitische Arbeit wieder planmäßig voran.

Die erste Gemeindewahl nach einem neuen Wahlsystem, die neben den Bürgermeister den Stadtdirektor nach englischem Muster setzte, ging am

15. September 1946 vor sich. Als SPD-Vertreter wurden gewählt: Willi Prah, Paul Felsberg, Johannes Beck, Robert Fiebiger, Friedrich Koschmann, Karl Quaatz, Walter Oertel, Julius Jungnitsch und Karl Groth. Fraktionsvorsitzender wurde Willi Prah. Für den kurze Zeit darauf verstorbenen Stadtvertreter Koschmann rückte Gerhard Leseberg nach.

Ministerpräsident des neugebildeten Landes Schleswig-Holstein wurde nach Theodor Steltzer der Sozialdemokrat Hermann Lüdemann.

Zum Bezirksparteitag am 7. und 8. Juni 1947 sprachen im Rahmen einer Großkundgebung in der Kalkberg-Freilichtbühne Landtagspräsident Ratz und Bezirksleiter H. Fischer, in einer Mitgliederversammlung am 10. Oktober sprach der Minister Kurt Pohle (SPD) über die drängenden „Flüchtlingsfragen des Alltags.“

Da Johs. Beck zur Stadtverwaltung ging und damit aus der Stadtvertretung ausscheiden mußte, wurden als Nachfolger die Genossen Preuß, Stenzel und Schaale nominiert, letzterer hernach von der Gemeindevertretung gewählt.

Am 28. November 1947 berichtete die Landtagsabgeordnete Frieda Döbel in der Mitgliederversammlung über die Eindrücke, die sie als erste parlamentarische Vertreterin während eines sechswöchigen Aufenthalts in England hatte.

Gustav Böhm nahm am 1. Dezember die politische Arbeit innerhalb der SPD wieder auf, eine Arbeit, die er vor der nationalsozialistischen Machtübernahme mit aller Leidenschaft und Hingabe erfüllt hatte und sie nun auch wieder in derselben Treue zur Sache tat.

Minister Bruno Diekmann (SPD) sprach in Bad Segeberg zur Maifeier des Jahres 1948.

Die Gemeindewahlen vom 24. Oktober 1948 ergaben als Stadtvertreter der SPD die Genossen Prah, Böhm, Felsberg, Fiebiger, Quaatz, Leseberg und Stenzel. Ebenso wie vor 1933 wurde nun Gustav Böhm zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. In direkter Wahl wurde aus der Stadt Willi Prah in den Kreistag gewählt, für das im Frühjahr 1948 ausscheidende Mitglied Stenzel wurde Irmgard Masche in die Stadtvertretung gewählt.

Als hervorsteckendes Ereignis des Jahres 1949 ist eine Kundgebung im überfüllten Saal der „Harmonie“ zu erwähnen, in der Andreas Gayk, der Oberbürgermeister der Stadt Kiel, sprach. Er hielt eine damals außerordentlich stark beachtete Rede über das Thema „Abrechnung mit den Alliierten“, wobei das Schicksal des Ostufers der Kieler Förde in industrieller Hinsicht besonders eingehend betrachtet wurde.

Abschied von Gustav Böhm

Am 12. März 1950 starb einer der bewährtesten und verdienstvollsten Vorkämpfer der SPD, dessen Name in die Geschichte der Arbeiterbewegung an einem Ehrenplatz stehen wird: Gustav Böhm. Im Nachruf in der „Segeberger Zeitung“ hieß es damals u. a.:

„Mit tiefer Anteilnahme wurde die Trauerkunde vom plötzlichen Hinscheiden des Gewerkschaftssekretärs im Kreisausschuß Segeberg des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gustav Böhm, aufgenommen. Er, der aus dem Kreise Segeberg stammte und sein Leben und Schaffen in nimmermüder Liebe zur Sache in den Dienst am Werktätigen gestellt hatte, erwarb sich sowohl als Mensch wie als Kamerad die Achtung und hohe Wertschätzung aller.“

... 1933 um Ostern wurde Böhm im Zuge der politischen Ereignisse vorübergehend in Haft genommen und kam nach der Haftentlassung wieder nach Kiel, wo er harte Jahre der Arbeitslosigkeit und der Drangsalierung seiner kompromißlosen Haltung halber erleben mußte. Bis 1945 war Böhm dann als Me-

tallarbeiter in Kiel beschäftigt. Am 1. Dezember 1947 holte ihn die Segeberger Arbeiterschaft zurück nach Bad Segeberg, wo er nun als einer der besten Kenner der Materie an vorderster Stelle dem Gewerkschaftsgedanken mit uneigennütziger Hingabe zu dienen vermochte. 1948 im September trat Gustav Böhm wieder in die Gemeindevertretung ein und war auch Fraktionsvorsitzender der SPD.

In allen Ämtern aber war er stets ein Mann, dem das Vertrauen seiner Kollegen und Mitarbeiter und nicht minder die Achtung politisch Andersdenkender sicher war. Der Lebensweg dieses Mannes war schwer, sein Werk nicht minder — aber für alles, das er an der Gemeinschaft tat, ohne sich zu schonen oder auf seine angegriffene Gesundheit Rücksicht zu nehmen ist ihm ein ehren-des Gedenken über das Grab hinaus bewahrt.“

Nachfolger für Gustav Böhm in der Stadtvertretung wurde Richard Rüter, zum Fraktionsvorsitzenden erwählte man Robert Fiebiger. Dem Manne zu Ehren aber, der sich um das Werden der ERP-Siedlung ganz besondere Verdienste erworben hatte, gab man der Siedlung an der Hamburger Straße offiziell und als Ausdruck des Dankes den Namen „Gustav-Böhm-Siedlung“.

In den parteipolitischen Auseinandersetzungen, die nach dem zweiten Weltkriege in der weitaus gemäßigteren Form des geistigen Kampfes erfolgten und auch in den Zeiten der zahlreichen Wahlwerbungen stets in allgemein sauberer Weise unter Achtung des politischen Gegners geführt wurden, wobei Schärfen im Banne der Leidenschaft nicht ausblieben, behauptete die SPD bis in die neueste Zeit stets ihren Platz. Sie verfügte überall in der Bundesrepublik wieder über aufrechte führende Männer wie einst und trat für die sozialen und wirtschaftspolitischen Belange eingedenk der alten Ideale, die seit sechs Jahrzehnten beispielhaft voranleuchten, überall mit Nachdruck ein. Auch der Flüchtlingsbewegung gegenüber, die eine ganz neue Betrachtung der Wirtschaftslage und -Entwicklung erheischte, hielt die SPD an ihrer grundsätzlichen Auffassung fest, in erster Linie dem arbeitenden Menschen und damit auch dem sozial Schwächeren, weniger Begüterten Halt und Stütze zu bieten.

Da traf sie der schwerste Schlag, der nach dem Kriege die Gemüter der Genossen wie auch der ehrlich denkenden Gegner erschütterte:

Dr. Kurt Schumacher ging von den Seinen

In einem Nachruf des „Hamburger Echo“ hieß es am 21. August u. a.:

„Der Weg Kurt Schumachers nach 1948 ist durch eine Reihe von Daten gekennzeichnet, die in die Geschichte eingehen werden. Als 1946 in sozialdemokratischen Kreisen auf Grund der gemeinsamen Leidenszeit von Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem Faschismus die Neigung bestand, eine gemeinsame politische Front zu bilden, setzte er sich dieser Vereinigung mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit entgegen. Er erkannte schnell, daß es sich bei der Verschmelzung um einen von langer Hand vorbereiteten Schachzug der Russen handelte, um ihre imperialistischen Ziele in Deutschland zu verwirklichen. Seither verfolgte ihn der fanatische Haß der Sowjets und ihrer kommunistischen SED.“

Dr. Schumacher war ein schwer leidender Mann, dessen Körper durch die Haftzeit in den Konzentrationslagern (zehn Jahre Heuberg, Ulm, Dachau) von Krankheit zernagt war. 1948 bedrohte eine Trombose sein Leben. Damals wurde ihm das linke Bein amputiert. Aber Wille und Energie halfen ihm immer wieder über die Krankheit hinweg, bis er jetzt seinem schweren Leiden erlag. Die SPD hat mit dem Tode Schumachers einen großen Verlust erlitten. Aber auch seine politischen Gegner werden an der Bahre dieses Mannes über alle Gegensätzlichkeiten hinweg zugestehen, daß er ein glühender Patriot war, der sich in der Arbeit für Deutschlands Wiederaufbau verzehrt hat.“

Doch das Leben muß weitergehen und geht weiter, und auch das politische Leben stellt weiterhin seine Anforderungen. Im Gedenken an die gefallenen Kameraden, in Dankbarkeit für das, was die aus ihrer Arbeit vorzeitig Abberufenen geleistet haben, blicken die Mitglieder des Ortsvereins Bad Segeberg der SPD zurück auf sechs Jahrzehnte einer unter zumeist sehr schwierigen äußeren Umständen geleisteten Arbeit. Und doch war es immer wieder möglich, Männer und Frauen unter der Idee zu einen, einer Idee, die nicht nur seit Generationen ihre geschlossene Gefolgschaft gefunden hat, sondern auch heute wie ehemals als entscheidender Faktor im Zusammenwirken der Nationen und der Länder ihre sammelnde Kraft beweist.

Die SPD steht, und auch dies ist eine der Erkenntnisse, die wir aus dem hier vorgelegten knapp zusammengefaßten Rückblick auf die sechzigjährige Vergangenheit des Ortsvereins Segeberg gewinnen, mit ihren Männern und Frauen als eine der Parteien, mit denen im politischen Kampf immer zu rechnen sein wird. Sie hat anderen neben ihrer Idee des politischen Sozialismus' die Geschlossenheit ihrer Gefolgschaft voraus, sie wird ohne jeden Zweifel unter den Männern, die das Erbe der bedeutenden Träger der sozialdemokratischen Glaubenssätze und der getreuesten Vorkämpfer auch heute verwalten, in allen innen- und außenpolitischen Entscheidungen jederzeit ein sehr gewichtiges Wort mitzureden haben und ihre starke Einflußnahme auf das neue politische Bild, das man in den nächsten Bundestagswahlen 1953 erwarten kann, geltend machen.

Wenn der Ortsverein Bad Segeberg als Zelle im großen international verflochtenen Gebilde eine beachtliche Leistungsbilanz für sechs Jahrzehnte wirklicher Gemeinschaftsarbeit in diesen Blättern vorlegen konnte, so darf ihn am Tage, da sich diese sechs Jahrzehnte vollenden, auch der Stolz auf die Leistungen seiner Mitglieder, die im Bekenntnis zum Sozialismus ihren Idealismus bewiesen, erfüllen und er wird ihnen allen, Männern und Frauen, danken. Unter ihnen nimmt Johannes Harm in Wandsbek, wohl einer der ältesten Sozialdemokraten überhaupt, einen Ehrenplatz ein und seiner als einem der ersten Vorsitzenden in Segeberg gedenkt der Ortsverein zum Jubiläum mit besonderem Dank und in herzlicher Treue.

Ein ganz besonderer Dank gebührt auch den Gen. Hermann Borgwardt und Karl Quaatz, die in schwerster Zeit die alte Fahne des Ortsvereins durch die Wirren und Verfolgungen des tausendjährigen Reiches von Versteck zu Versteck retten konnten.

Es war ein dorniger, steiniger Pfad, auf dem auch diejenigen sich durch das harte Leben kämpfen mußten, von denen man weiß, daß ihr Dasein wie das ihrer Väter und Großväter im Zeichen des Bekenntnisses zum arbeitenden Menschen stand und darauf gerichtet war und ist, sich stets für das allgemeine Wohl in einer Lebensform einzusetzen, die dem Fortschritt des Volkes in einer friedlichen Zielsetzung im Wirken für die kommende Generation dienen soll, der diese Blätter gewidmet sind!

Rückblick auf die Wahlen nach 1945

Die ersten Wahlen waren Gemeindewahlen 1946:

SPD:	9 Sitze
CDU:	12 Sitze
FDP:	1 Sitz

Am 20. April 1947 erzielte die SPD bei den Wahlen zum Landtag die absolute Mehrheit und brachte in 41 Wahlkreisen 34 Kandidaten in direkter Wahl durch. Dem bisherigen Abgeordneten Heinrich Fischer gelang es in einem Segeberger Wahlkreis gegen den führenden CDU-Vertreter Dr. Pagel das Mandat zu erringen.

Es folgten die Kreis- und Gemeindewahlen am 24. Oktober 1948:

In Bad Segeberg:	SPD	2319 Stimmen	8 Sitze (7)
	CDU	1710 Stimmen	7 Sitze (7)
	FDP	1547 Stimmen	5 Sitze (6)

Es wurden gewählt: Felsberg, Leseberg, Prahl, Quaatz. Reserveliste: Böhm, Fiebiger, Stenzel.

Die Bundestagswahlen am 14. August 1949 ergaben für

Pohle (SPD)	1694 Stimmen
Schröter (CDU)	2352 Stimmen (einschl. Splitterparteien)

Ferner: KP 227, FDP 834, DKP 290, Zentrum 55, RSF 490, DP 506, Parteilos 304.

Die Landtagswahlen am 9. Juli 1950 hatten folgendes Ergebnis:

SPD:	1408 Stimmen (Auhagen)
CDU:	2478 Stimmen (Dr. Pagel)
BHE:	1842 Stimmen (Hein)
KP:	149 Stimmen; DRP: 348 Stimmen; Parteilos: 302 Stimmen

Die Gemeindewahlen am 29. April 1951:

SPD:	1451 Stimmen	4 Sitze
SWG:	2626 Stimmen	11 Sitze
BHE:	1950 Stimmen	6 Sitze

Die Bundestags-Nachwahlen am 4. Mai 1952:

SPD:	1633 (Diekmann)
CDU:	2309 (Bartram)
BHE:	1571 (Kraft)
SRP:	535
UPU:	23

Die Ortsvereins-Vorsitzenden nach 1945:

Vom 2. 1. 1946 bis 15. 1. 1947: Willi Prahl; 15. 1. 1947 bis 20. 1. 1948: August Greve; 20. 1. 1948 bis 2. 12. 1949: Robert Fiebiger; 2. 12. 1949 bis 21. 7. 1950: Günter Götzke; 21. 7. 1950 bis 26. 1. 1951: Gustav Schwörke; seit 26. 1. 1951: Julius Jungnitsch.